

Dokumente der Vereinten Nationen

In der folgenden Übersicht sind Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit einer kurzen Inhaltsangabe und den (etwaigen) Abstimmungsergebnissen von **Mai bis Juni 2013** aufgeführt. Die Dokumente sind alphabetisch nach Ländern, Regionen oder Themen sor-

tiert. In der jeweiligen Rubrik erfolgt die Auflistung chronologisch (das älteste Dokument zuerst).

Diese **Dokumente im Volltext** sind zu finden über die Webseite des Deutschen Übersetzungsdienstes: www.un.org/Depts/german

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Afrika	S/PRST/2013/5	13.5.2013	Der Sicherheitsrat stellt fest, dass sich der Terrorismus in Afrika in seinem Wesen und seiner Art wandelt . Er bekundet seine Besorgnis über die in vielen Fällen bestehende Verbindung zwischen dem Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und unerlaubten Tätigkeiten wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Der Rat betont, dass die auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen besser koordiniert werden müssen . Er erachtet Sanktionen als wichtiges Instrument bei der Terrorismusbekämpfung und unterstreicht, wie wichtig die umgehende und wirksame Durchführung der einschlägigen Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 1267(1999) und 1989(2011) des Sicherheitsrats, als Schlüsselinstrument im Kampf gegen den Terrorismus ist.	
Frauen	S/RES/2106(2013)	24.6.2013	Der Sicherheitsrat bekräftigt, dass sexuelle Gewalt, wenn sie als Taktik der Kriegsführung eingesetzt wird, bewaffnete Konflikte erheblich verschärfen und verlängern kann. Er stellt fest, dass sexuelle Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass Vergewaltigung und andere Formen schwerwiegender sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten Kriegsverbrechen darstellen. Der Rat fordert den weiteren Einsatz von Frauenschutzberatern in Friedenssicherungsmissionen und politischen Missionen der Vereinten Nationen. Er fordert nachdrücklich die Aufnahme sexueller Gewalt in die Definition der in Waffenruhevereinbarungen verbotenen Handlungen und in die Bestimmungen zur Überwachung von Waffenruhevereinbarungen.	Einstimmige Annahme
Guinea-Bissau	S/RES/2103(2013)	22.5.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (UNIOGBIS) bis zum 31. Mai 2014 zu verlängern und es gemäß den Empfehlungen des Generalsekretärs neu anzupassen . Der Rat fordert die Interessenträger Guinea-Bissaus auf, sich verstärkt um die Bildung einer alle Seiten einschließenden Regierung, die Annahme eines auf Konsens beruhenden Fahrplans, namentlich für die Wahlen im Jahr 2013, und die Annahme eines neu erarbeiteten »Regimepakts« zu bemühen.	Einstimmige Annahme
Irak	S/RES/2107(2013)	27.6.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, die Maßnahmen der Resolutionen 686(1991), 687(1991) und 1284(1999) aufzuheben . Er ersucht den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und Leiter der Hilfsmision der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI), die Anstrengungen im Hinblick auf die Repatriierung oder Rückkehr aller Staatsangehörigen Kuwaits und dritter Staaten oder die Rückgabe ihrer sterblichen Überreste und die Rückgabe der von Irak beschlagnahmten kuwaitischen Vermögenswerte, einschließlich der Nationalarchive, zu fördern, zu unterstützen und zu erleichtern.	Einstimmige Annahme
Kinder	S/PRST/2013/8	17.6.2013	Der Sicherheitsrat verurteilt erneut mit gleichem Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie töten, verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen sowie entführen, Schulen oder Krankenhäuser angreifen und den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern. Er unterstreicht, wie wichtig konkrete termingebundene Aktionspläne zur Verhütung und Beendigung von Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern sind , und fordert die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte (S/2013/245) aufgeführten Parteien bewaffneter Konflikte erneut auf, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne aufzustellen und umzusetzen.	

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Massenvernichtungswaffen	S/RES/2105(2013)	5.6.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das in Bezug auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Resolution 1929(2010) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe für die Islamische Republik Iran bis zum 9. Juli 2014 zu verlängern.	Einstimmige Annahme
Nahost	S/RES/2108(2013)	27.6.2013	Der Sicherheitsrat betont, dass Israel und die Arabische Republik Syrien die Bestimmungen des Truppenentflechtungsabkommens von 1974 einhalten müssen. Er beschließt, das Mandat der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (UNDOF) bis zum 31. Dezember 2013 zu verlängern. Der Rat ersucht den Generalsekretär zu gewährleisten, dass die Truppe über die notwendigen Kapazitäten und Ressourcen zur Erfüllung des Mandats verfügt. Er fordert alle an dem innersyrischen Konflikt beteiligten Parteien auf, die militärischen Aktionen im Einsatzgebiet der UNDOF einzustellen und verurteilt die die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gefährdenden Vorfälle in den letzten Monaten , namentlich die Gefangennahme von Friedenssicherungskräften der UNDOF im März und Mai 2013 durch bewaffnete Elemente der syrischen Opposition.	Einstimmige Annahme
Somalia	S/PRST/2013/7	6.6.2013	Der Sicherheitsrat begrüßt die durch Resolution 2102(2013) mandatierte Einrichtung der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia (UNSOM) am 3. Juni 2013. Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die UNSOM rasch eine bedeutende Präsenz in Mogadischu und darüber hinaus aufbaut. Er nimmt Kenntnis von der Schließung des ehemaligen Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia (UNPOS). Der Rat hebt die Rolle hervor, die der UNSOM dabei zukommt, der Regierung Somalias bei der Koordinierung der internationalen Unterstützung zu helfen, und fordert die Afrikanische Union, die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung und die Europäische Union zur Kooperation auf.	
Sudan	S/RES/2104(2013)	29.5.2013	Der Sicherheitsrat beschließt, das in Resolution 1990(2011) festgelegte Mandat der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei (UNISFA) bis zum 30. November 2013 zu verlängern. Der Rat beschließt ferner, die genehmigte Truppenstärke für die UNISFA auf 5326 zu erhöhen , wie von den Parteien durch den Beschluss des Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen vom 8. März 2013 beantragt. Er begrüßt die Einrichtung des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und die effektive Aufnahme seiner Tätigkeit. Der Rat fordert die Regierungen Sudans und Südsudans auf, diesen Mechanismus sowie den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen und andere vereinbarte gemeinsame Mechanismen rasch und wirksam zu nutzen, um die Sicherheit und Transparenz der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, einschließlich des 14 Meilen-Gebiets, zu gewährleisten.	Einstimmige Annahme
Zentralafrika	S/PRST/2013/6	29.5.2013	Der Sicherheitsrat verurteilt erneut mit Nachdruck die von der Widerstandsarmee des Herrn (LRA) verübten Angriffe und Gräueltaten in der zentralafrikanischen Region sowie ihre Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und ihre Verletzungen der Menschenrechte. Er verlangt die sofortige Beendigung aller Angriffe der LRA und fordert sie nachdrücklich auf, alle Entführten freizugeben und sich entwaffnen und demobilisieren zu lassen. Der Rat begrüßt die Erarbeitung des Umsetzungsplans für die Regionalstrategie der Vereinten Nationen zum Vorgehen gegen die Bedrohung und die Auswirkungen der Aktivitäten der LRA und anderer strategischer Dokumente und legt dem Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika (UNOCA), den politischen und Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in der Region sowie den anderen zuständigen UN-Präsenzen eindringlich nahe, die Umsetzung der Strategie nach Bedarf und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Fähigkeiten verstärkt zu unterstützen.	